



**CDU** DIE FRAKTION IM LANDTAG  
VON BADEN-WÜRTTEMBERG

# 8- Punkte-Plan Stuttgart 21

*Handlungskatalog für die  
Landesregierung  
aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion*

Stuttgart, 5. Dezember 2011

## **Einführung:**

Wohl kaum ein Projekt war so viel diskutiert, beschrieben und erklärt wie Stuttgart 21. Am 27. November wurde die Entscheidung darüber, ob das Land seine Verträge zu Stuttgart 21 kündigen soll oder nicht, trotz mehrfach demokratischer Abstimmungen, auch dem Volk vorgelegt.

Eine klare Entscheidung wurde getroffen, über 58 Prozent der Menschen in Baden-Württemberg haben sich für Stuttgart 21 und gegen eine Vertragskündigung entschieden. Damit ist klar, die Regierung, insbesondere die Grünen, müssen ihren Widerstand nun aufgeben und ihren vertraglichen Verpflichtungen nachkommen.

Nicht die Tatsache das Volk zu befragen schafft Frieden, sondern die Art und Weise, das Engagement und die Ernsthaftigkeit mit der die vom Volk getroffene Entscheidung nun umgesetzt wird.

Die CDU-Landtagsfraktion hat Stuttgart 21 stets wohlwollend, aber mit dem nötigen kritischen Sachverstand begleitet. Unsere Aufgabe ist es nun, von der Regierung zu verlangen, die Projektförderpflicht umzusetzen und Stuttgart 21 voranzutreiben. Es ist aber auch unsere Aufgabe die Entwicklungen zu überwachen und anzumahnen, sollte es zu bewussten Verzögerungen oder dem Projekt schädlichen Äußerungen kommen.

Die folgenden acht Punkte sind die aus unserer Sicht nun erste logische Folge aus der Volksabstimmung und zwingend umzusetzen. An deren Erfüllung werden wir die Regierung in den kommenden Wochen messen.

Peter Hauk MdL  
Fraktionsvorsitzender

Nicole Razavi MdL  
Vorsitzende des Arbeitskreises  
Verkehr und Infrastruktur

## **Die 8 Punkte im Einzelnen:**

### **1. Distanzierung der Grünen vom Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21**

Die Grünen haben als Partei den institutionalisierten Widerstand gegen Stuttgart 21 betrieben. Dies muss ein Ende haben. Spätestens wenn die Landesregierung und führende Köpfe der Grünen verkünden, dass der „politische Widerstand“ beendet sei, müssen sich die Regierung tragenden Parteien vom Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 distanzieren. Nur so kann die Projektförderpflicht der Regierung glaubhaft umgesetzt werden.

Sowohl der Ministerpräsident, als auch seine Partei müssen sich vom Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 unmissverständlich distanzieren und klar kommunizieren, dass die Grünen den Widerstand nicht weiter unterstützen werden. Nur so kann die nun umzusetzende Projektförderpflicht bei der Bevölkerung auch glaubhaft gemacht werden.

### **2. Auflösung der Task Force gegen S 21 im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI)**

Die speziell im MVI durch Minister Hermann gegen Stuttgart 21 eingesetzte ‚Task Force‘ hatte nie eine Legitimation und stellt einen Verstoß gegen die Projektförderungspflicht des Landes dar. Durch die Volksabstimmung ist klar geworden, dass auch die Menschen im Land kein Verständnis dafür haben, dass Stuttgart 21 systematisch hintertrieben wird und Strategien zur Verhinderung ausgetüftelt wurden.

Daher muss diese ‚Task Force‘ aufgelöst, ihr Personal an die ursprünglichen Verwendungen zurück versetzt bzw. anders eingesetzt werden. Die Betreuung von Stuttgart 21 muss wieder in das zuständige, bereits vorhandene Fachreferat im MVI übergehen. Die Bürgerinformation muss künftig neutral und der Projektförderpflicht entsprechend umgesetzt werden.

### **3. Aufforderung zur Deeskalation an die Projektgegner**

Die Grünen haben bisher zusammen mit den verschiedensten Projektgegnern Stuttgart 21 bekämpft. Daher müssen die Grünen in der Landesregierung nun ihre guten Kontakte zu den Projektgegnern nutzen und auf diese mäßigend einwirken. Auch die Projektgegner müssen die Volksabstimmung akzeptieren und einsehen, dass die Bürgerinnen und Bürger Stuttgart 21 wollen.

Insbesondere die Auflösung der Mahnwache am Bahnhof und die Räumung der illegalen Zeltstadt im Schlossgarten ohne eine Eskalation wäre dann leichter möglich, wenn gerade prominente Grüne, die sich bisher als Teil der Projektgegner gesehen haben, eine entsprechende Position einnehmen und für die Akzeptanz des Wählerwillens eintreten.

Auf Dauer sollte es dringend vermieden werden, dass nur mit Schutz und Unterstützung der Polizei auch große Baufortschritte realisiert werden können.

### **4. Einrichtung und Förderung des Dialogforums**

Um die Menschen nun noch mehr als früher auf dem Weg der Baumaßnahmen zu Stuttgart 21 mitzunehmen, ist ein intensiver und offener Dialog nötig. Die Reaktivierung des bereits unter Mitwirkung der ehemaligen Landesregierung eingerichteten Dialogforums ist deshalb zwingend notwendig. Dieses muss Stuttgart21 begleiten und gegebenenfalls aufkommende Fragen behandeln. Gerade bei den ausstehenden Planfeststellungen ist anhörungsbegleitend eine Intensivierung im Sinne eines Round Table denkbar.

Es kann nicht nur bei der Einbeziehung der Bevölkerung am Abstimmungsabend bleiben. Die Regierung muss nun offen und transparent, gemeinsam mit den übrigen Projektpartnern für Fragen zur Verfügung stehen.

### **5. Aktive Mitwirkung bei der städtebaulichen Gestaltung**

Stuttgart 21 bietet für die Landeshauptstadt Stuttgart eine einmalige städtebauliche Chance. Daher müssen die bisherigen Projektgegner jetzt aktiv an dieser städtebaulichen Chance mitwirken. Dazu bieten die Angebote der Stadt hervorragende Möglichkeiten. Die von Oberbürgermeister Schuster angeregte Bürgerbeteiligung in diesem Bereich ist das

eine. Aber auch die aktive Unterstützung des Landes in Bezug auf einen möglichst schnellen und sorgfältigen Verwaltungsablauf, auch bei den Genehmigungsverfahren, muss gewährleistet sein.

## **6. Baumaßnahmen entschieden fördern, Projektfortschritt voran bringen**

Im Januar 2012 stehen wichtige bauliche Maßnahmen an. Dazu gehören der Abriss des Südflügels und die Umsiedlung bzw. Fällung der Bäume im Schlossgarten. Damit verbunden wird auch die Räumung der illegalen Zeltstadt im Schlossgarten sein.

Die Landesregierung muss sicherstellen, dass diese Maßnahmen sicher, zügig und ohne Blockaden durchgeführt werden können. Der Rechtsstaat muss geschützt und das Baurecht der Bahn durchgesetzt werden. Wir wollen aber, dass durch eine intensive Deeskalation der Einsatz der Polizei unnötig wird. Da aufgrund der bisherigen Erfahrungen und Äußerungen der Parkschützer nach der Wahl nichts darauf hindeuten, dass die Proteste beendet sind, muss die Landesregierung die notwendigen Polizeikräfte bereitstellen und der Polizei bei ihrer Aufgabe auch die notwendige politische Rückendeckung geben.

Zudem muss das Land Standorte für die Verpflanzung von Bäumen bis Weihnachten vorlegen, um dem Schlichterspruch nachzukommen.

## **7. Planfeststellungen aktiv fördern**

Die offenen Punkte bei den Planfeststellungen müssen zügig geklärt werden. Insbesondere bei dem Planfeststellungsabschnitt 1.3. auf den Fildern, aber auch bei den Planänderungen beim Grundwassermanagement und anderen abzuarbeitenden Planungen muss die Landesregierung zügig und aktiv ihre Aufgaben angehen.

Gegebenenfalls muss hierzu der Personalansatz bei den Regierungspräsidien temporär hochgefahren werden. Auch die Zusammenarbeit mit dem EBA muss in dem Sinn einer zügigen Projektverwirklichung stattfinden.

Die Wortwahl des Verkehrsministers im Zusammenhang gerade mit der Strecke auf den Fildern, die als ‚Murks‘ bezeichnet, ist dabei nicht akzeptabel.

## **8. Vierteljährlicher Fortschrittsbericht an den Landtag**

Die Landesregierung plädiert stets für Offenheit und Transparenz. Da die Bürgerinnen und Bürger durch das Instrument der Volksabstimmung aktiv an Stuttgart 21 beteiligt wurden, müssen sie nun aber auch über die Vorhaben und Planungen der Landesregierung und den übrigen Projektpartnern den rechtlich möglichen Einblick erhalten können.

Um dies zu ermöglichen, soll dem Landtag vierteljährlich, in Abstimmung mit den Projektpartnern, ein Fortschrittsbericht Stuttgart 21 vorlegen. Dieser Bericht soll in öffentlicher Sitzung des MVI Ausschusses beraten werden. Darin hat die Landesregierung aufzuzeigen, welche Schritte sie zur Projektverwirklichung vorgenommen hat und wie sie den Willen des Volkes umsetzt.